

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigen-Veranstaltungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf.

Regelnummer: Die Jahressumme der Beiträge für Anzeigen und Inserate ist 100 Pf. — Die Jahressumme der Beiträge für Anzeigen und Inserate ist 100 Pf. — Die Jahressumme der Beiträge für Anzeigen und Inserate ist 100 Pf.

Telegraphische Anzeiger-Veranstaltung. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 137

Dienstag, den 16. Juni 1925

20. Jahrgang

Verfassungsdebatte im Reichstag.

Verfassungs- oder Verwaltungsreform. — Die Flaggenfrage.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die zweite Lesung des Etats des Reichsinnenministeriums fort. Abg. Koch-Besler (Dem.) bespricht zunächst die Pläne einer Verfassungsreform. Ich bin, so führt er aus, der Meinung, daß die Weimarer Verfassung sich bewährt hat. Von der Weimarer Verfassung, die jetzt von der Weimarer als Musterfassung hingestellt wird, hat der konstante Kriegsminister v. Noon bald nach ihrer Einführung gesagt: „Wenn Bismarck sich von seinem Wert zurückziehe, würde es unter dem Hohngeächter der Welt zusammenbrechen.“ Der Weimarer Verfassung haben wir es zu verdanken, wenn das Volk in den letzten Jahren nicht untergegangen, die Wirtschaft aufrechterhalten und die Einheit des Volkes besser gewahrt worden ist, als es sonst in Zeiten der Not unter der Herrschaft der Fürsten der Fall gewesen ist. Jetzt ist es notwendig, die Verfassung nicht abzubauen, sondern auszubauen. Wir brauchen jetzt

den gegen den Widerstand der deutschen Fürsten. Heilig sind uns die schwarzrotgoldenen Fahnen, unter denen zum erstenmal 1848 wieder ein deutsches Reichsheer vereinigt wurde, die schwarzrotgoldenen Farben, die den großdeutschen Gedanken über die Reichsgrenzen hinaus symbolisieren. Heilig ist uns auch die schwere Arbeit, die wir unter der schwarzrotgoldenen Fahne fünf Jahre lang unter Einsetzung von Leben und Ehre geleistet haben, um den deutschen Staat wieder aufzubauen.

Abg. Peyerl (Wirtsch. Bgg.) erklärt, eine Heraushebung des Wahlersatzes sei eine unumgängliche Notwendigkeit. Der Streit um die Flaggenfrage habe leider sehr able Formen angenommen und vergifte schon die Jugend. Es war ein Fehler, nach dem Kriege die Flagge zu wechseln. Es wäre aber eine Wiederholung dieses Fehlers, wenn jetzt schon wieder die schwarzrotgoldene Flagge abgeschafft werden sollte. Wir sind dagegen, daß durch eine Volksabstimmung über die Flaggenfrage neue Erregung ins Volk getragen wird.

Abg. Kolte (Dt.-Hann.) wendet sich gegen eine etwaige Aufhebung des Artikels 18 der Reichsverfassung. Der Reichstag müsse dem verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrecht der Länder, das im Artikel 18 angebeutet sei, seinen Schutz gewähren.

Abg. Veicht (Wahr. Bp.) bezeichnet die Einsetzung eines Verfassungsausschusses als notwendig und erwünscht. Die bairische Denkschrift stelle nur ein Dokument dar, das zeigen solle, wie besorgt die bairische Regierung um die Selbstständigkeit Bayerns sei. Der Redner legt sich dafür ein, daß ebenso wie es mit dem Antrag auf Abschaffung des Artikels 18 geschehen ist, auch der Antrag zurückgezogen werde, der sich mit der Flaggenfrage befaßt.

Im Verlauf der Aussprache erklärte der Reichsminister des Innern Schiele:

Ich bin im Ausschuss über meine persönliche Stellung zur Verfassung gefragt worden und will darauf ganz offen antworten: Dadurch, daß ich den Eid auf die Verfassung geleistet und das Amt des Ministers übernommen habe, ist eigentlich schon diese Frage dahin beantwortet, daß ich die geltende Verfassung als bindendes Recht und als verfassungsrechtliche Grundlage meiner amtlichen Tätigkeit ansehe.

Nach der Verfassung sind die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold. Daraus ergibt sich von selbst, daß sie Anspruch auf den Schutz des Staates haben, den zu gewähren ich durchaus genehmigt bin. Welche Kreise des Volkes erstreben die Wiedereinführung der alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot. So ist ein Kampf entbrannt, der tief bedauert wird von jedem, der den inneren Frieden des deutschen Volkes will. Ich bin der Letzte, der bestreiten wollte, daß auch im schwarzweißen Deutschland die Farben Schwarz-Rot-Gold tiefe Verehrung genießen haben als das Symbol, unter dem die Vurschenschaft und andere Kräfte der Jugend für Deutschlands Einheit und Freiheit gekämpft haben. Aber Achtung gegen Achtung! Es war die schwarzweißrote Fahne, unter der ein starkes deutsches Reich 50 Jahre hindurch der Hort des Weltfriedens war. Unter der schwarzweißroten Fahne haben deutsche Männer alle Stämme jahrelang das Vaterland gegen eine Uebermacht von Feinden ruhmreich verteidigt. Der Achtung vor diesen Farben entspricht es auch, wenn die Weimarer Nationalversammlung die schwarzweißroten Farben für die Handelsflagge beibehielt. Wir wollen dem unser Volk gerührenden Streit um die Flaggenfrage endlich ein Ende machen durch eine klare Volksentscheidung.

Ergebnis zu führen. Im übrigen erwartet Frankreich eine schriftliche und vollkommene Antwort, erst nach Erhalt eines derartigen Schriftstückes werde eine mündliche Verhandlung vom Qual d'Orsay ins Auge gefaßt werden.

Die Rheinlandkommission verbietet Jahrtausendfeiern.

Wie der „Heftische Staatsanzeiger“ meldet, hat die Rheinlandkommission sämtliche Veranstaltungen unter freiem Himmel, die anlässlich der Jahrtausendfeier geplant waren, in den mit französischen Truppen besetzten Städten des besetzten Gebietes untersagt.

Vor großen Entscheidungen.

Von Dr. Kütz, M. d. R.

Die Antwortnote der Entente in Sachen der Entwaflnung Deutschlands und die Erwidlung Frankreichs auf das deutsche Angebot eines Sicherungspaktes werden Reichsregierung und Reichstag sehr bald vor außerordentlich schwierige Entscheidungen stellen. Es wird sich zeigen, daß man um die Probleme der Außenpolitik nicht länger mit schönen Stresemannreden herumtoben kann, und daß man sie nicht durch allerhand politische Trotzredenfertigkeit zu lösen vermag, sondern daß man jetzt wirklich Farbe bekennen und sich entschließen muß, welcher Kurs in der deutschen Außenpolitik tatsächlich eingeschlagen werden soll. Es kam sich dabei natürlich nur um Anfänge einer aktiven Außenpolitik handeln/ aber doch um Anfänge von ausschlaggebender Bedeutung für die ganze künftige Einstellung unserer gesamten Außenpolitik.

Die sogenannte Entwaflnungsnote soll man nicht allzu tragisch nehmen. Sie wurde am besten wohl von der führenden liberalen Zeitung Englands gekennzeichnet, und zwar als „hüdes Nachwerk“. In der Tat ist diese Note, zu der Frankreich und England fünf Monate gebraucht haben, nach Art und Inhalt eine Blamage für diese Länder, wie sie sich Großmächte bisher wohl kaum geleistet haben. Gegenüber der tatsächlichen Abrüstung Deutschlands auf der einen Seite und dem Aufrüstungsstieber Frankreichs und seiner Vasallenstaaten auf der anderen Seite muß es geradezu kindisch anmuten, wenn nach jahrelangem Suchen irgendein paar falsch eingebaute Besetzungskanonen als Versuch gegen die Entwaflnungsvorschriften angeführt werden. Noch erdümlicher würde das Bild werden, wenn das von den Kontrollkommissionen der Entente zusammengetragene Material in seinen Einzelheiten und unter Benennung der Quellen und der Gewährleute veröffentlicht werden würde. Dann würde es sich zeigen, auf welches Gefindel und auf welche Mäherlichkeiten die Entente bei ihren angeblichen Feststellungen sich stützt; offenbar will sie ihre Gewährsmänner nicht preisgeben. Soweit die Note der Entente Eingriffe in die innere Verwaltung Deutschlands enthält oder, wie hinsichtlich des Oberbefehls der Truppe, einen Widerruf gemachter Zusagen versucht, wird die deutsche Regierung offensichtlich mit ruhiger und würdiger Entschiedenheit dieses Vorgehen zurückweisen. Im übrigen erscheint es durchaus nicht ausgeschlossen, daß durch Klärung und Verhandlungen ein ertägliches Ergebnis erzielt werden wird. Die selbst in großen deutschen Zeitungen wiederkehrende Auffassung, daß die Note lediglich eine dauernde Besetzung der Kölner Zone einleiten solle, trifft ganz sicher nicht zu, denn sie übersteht, daß an der Seite auch England beteiligt ist, das selbst England, das von jeder in der Geschichte ein Verbleiben Frankreichs am Rhein als mit seinen Lebensinteressen unvereinbar behandelt hat. Wenn England im gegenwärtigen Augenblick nach dieser Richtung hin nicht mit größerer Entschiedenheit auftritt, so liegt es daran, daß es die wohlwollende Bestimmung Frankreichs bei der Lösung anderer schwerwiegender Probleme dringende braucht. Diese Probleme stellen auch eine ganz ausschlaggebende Rolle bei dem Zustandekommen der Einheitsfront zwischen England und Frankreich in Sachen des Sicherungspaktes.

Dieser ganze Sicherungspakt muß im Rahmen der großen weltpolitischen Zusammenhänge gewürdigt werden. Frankreich und Großbritannien brauchen für die nächste Zeit Ruhe in Europa. Dazu brauchen sie Deutschland, aber sie brauchen auch untereinander bei der Lösung außeruropäischer Fragen Freisein von politischen Meinungsverschiedenheiten. Die Sorgen, die sich für Frankreich in Marokko aufstürmen, und die Schwierigkeiten, die für England in Westchina, in Indien und in China täglich größer werden, müssen es beiden Ländern zur zwingenden Notwendigkeit machen, wenigstens für einige Zeit die Arme in Europa frei zu bekommen. Daher die Sehnsucht, Deutschland in den Völkerbund zu bekommen und den Sicherheitspakt unter Dach und Fach zu bringen.

Für Deutschland ist damit die Entscheidung in der grundlegenden Frage gegeben, ob es sich in eine westlich orientierte Politik mit dem Eintritt in den Völkerbund als erster Etappe und mit dem Endziel der Vereinigten Staaten von Europa eingliedern will, oder ob es sich unter Fernbleiben aus dem Völkerbund östlich orientieren und seine Zukunft auf die materielle und persönlichen Glückseligkeit dieser Gebiete abstellen will. Ein Kräfte gibt nicht, wenn schon ein solches auch von einem deutschen Außenminister erst vor kurzem nach der Richtung hin für möglich bezeichnet worden ist, daß Deutschland bis ausgleichende und bestmögliche Mitte

Ueberreichung der Note am Dienstag.

Paris, 14. Juni. „Petit Parisien“ berichtet, die französische Note betreffend den Sicherheitspakt sei bereits in den Händen des französischen Botschafters in Berlin und werde Dienstag der Reichsregierung überreicht werden. Die Veröffentlichung der Note erfolge 48 Stunden später mit allen anderen wesentlichen Dokumenten, dem deutschen Vorschlag, dem ersten französischen Notenentwurf und den zwischen dem Qual d'Orsay und Foreign Office ausgetauschten Notizen. Die französische Note umfaßt 5 Schreibmaschinenseiten. Der Inhalt läßt das Interesse daran erkennen, die Verhandlungen in der Haupttagung des Völkerbundes zu einem